

Leserbrief zur Familieninitiative der SVP (Eidgenössische Volksabstimmung vom 24. November 2013:

Familieninitiative: 12 Million Franken Steuerausfall für Schaffhausen

Allein für den Kanton Schaffhausen bedeutet die Annahme der Familieninitiative einen Steuerausfall von jährlich 12 Millionen Franken! Das ist die brandaktuelle Analyse der kantonalen Steuerbehörde. Für den Kanton Schaffhausen mit seiner momentanen Finanzlage hat diese Initiative verheerende Auswirkungen. Steuererhöhungen für alle sowie Leistungsabbau und Gebührenerhöhungen wären die Folge. Damit wird einmal mehr klar: über Steuergesetze lässt sich keine sinnvolle Familienpolitik betreiben. Steuern müssen gerecht und nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erhoben werden. Dieser Grundsatz wird durch die Familieninitiative ausgehebelt. Sie ermöglicht, einen rein fiktiven Geldbetrag als Betreuungskosten abzuziehen und verstösst somit gegen die geltenden Steuerprinzipien. Vom resultierenden Steuerrabatt profitieren vor allem die Familien mit höheren Einkommen. Andere Familien aber müssen oft mit schmalem Budget auskommen. Etwa die Hälfte aller Familien zahlt ohnehin keine direkte Bundessteuer. Sie würden also nichts oder nur wenig spüren vom möglichen Steuerrabatt, da ihr Einkommen zu tief ist.

Bei den heutigen Wohn- und Lebenshaltungskosten können immer weniger Familien ihr Budget mit nur einem Einkommen finanzieren. Wer dazu in der Lage und somit auch finanziell im Vorteil ist, würde mit einem Steuerrabatt belohnt. Dieser steigt wegen der Steuerprogression mit zunehmendem Einkommen an. Somit profitieren von dieser Initiative einmal mehr vor allem die Besserverdienenden! Schweizweit würde ein jährlicher Steuerausfall von rund 1,4 Milliarden Franken entstehen. Für eine wirksame Familienförderung hingegen fehlen uns die Mittel. Die Familieninitiative entpuppt sich letztlich als Steuersenkung für Gutverdienende und gaukelt gerechte Familienförderung vor. Ich stimme am 24. November Nein, weil 12 Millionen Franken Steuerausfall für den Kanton Schaffhausen nicht verkraftbar ist.

28.10.2013 Martina Munz, Nationalrätin